

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 28.10.2009
Dezernat II	Amt FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0299/09

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	10.11.2009	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	18.11.2009	öffentlich
Stadtrat	03.12.2009	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2009

1. Gesamteinschätzung Verwaltungshaushalt

Einschätzung zum Verwaltungshaushalt

Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes per 30.09.2009 ist negativ und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

	Ergebnis 30.09.2008	Ergebnis 30.09.2009
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	385.776.455,96	383.254.050,63
- Abgang alter Kassenreste (-C)	8.849.046,39	5.214.055,36
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	0,00	0,00
+ Globalbereinigung aus dem Vorjahr (B)	12.610.000,00	15.457.000,00
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	<u>389.537.409,57</u>	<u>393.496.995,27</u>
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	418.000.419,93	431.560.528,44
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	9.810,00	65.476,99
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben (E)	<u>417.990.609,93</u>	<u>431.495.051,45</u>
Ergebnis:	-28.453.200,36	<u>-37.998.056,18</u>
darin enthalten:		
Deckung von Soll-Fehlbeträgen Vor-Vorjahr	86.033.871,25	92.433.668,38

Der Haushaltsvergleich stellt sich wie folgt dar:

- in EUR -

	Haushaltsplan 2009	ber. Soll – Einnah- men/Ausgaben (E) 30.09.2009	Erfüllung 30.09.2009	Vergleich Erfüllung 30.09.2008
Einnahmen	468.130.500	393.496.995,27	84,1 %	87,0 %
Ausgaben	559.545.700	431.495.051,45	77,1 %	77,2 %
Fehlbedarf	91.415.200			

Gesamtstädtisch betrachtet, stehen nach dem aktuellen Stand der Haushaltsrechnung, ausgehend von den verfügbaren Mitteln (HH-Ansatz/HH-Rest/ÜPL/APL/Sperren), den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 84 % Ausgaben in Höhe von 77 % gegenüber. Der geplante Rahmen (9/12 = 75 %) wird damit derzeit sowohl einnahme- als auch ausgabeseitig leicht überschritten.

Die Einnahmerealisation in der Hauptgruppe 0 „Steuern, Allgemeine Zuweisungen“ liegt per 30.09.2009 im anteilig geplanten Rahmen. Jedoch bestehen aufgrund der Wirtschaftskrise erhöhte Risiken im Bereich der Gewerbesteuern und bei den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer. Die Erfüllung der Gewerbesteuern liegt per 30.09.2009 mit einem AO-Soll in Höhe von 78,8 Mio. EUR (101 %). Für das 4. Quartal 2009 besteht das Risiko, dass nach der Festsetzung von Steuerbescheiden nach bereits getätigten Vorauszahlungen von Unternehmen in einem überproportionalen Verhältnis zurückgezahlt werden muss. Darüber hinaus sind Bereinigungen der Kasseneinnahmereste zum Jahresende notwendig, die den Planansatz der Gewerbesteuer voraussichtlich mit ca. 7 Mio. EUR negativ belasten werden.

Prognose der Mindereinnahmen per 31.12.2009 (Veränderungen zum Quartalsbericht per 30.06.2009 * mit -13,7 Mio. EUR):

	<u>Prognose zum 31.12.09</u>	<u>Veränderung *</u>
Gewerbesteuern	- 7,0 Mio. EUR	--
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	-1,3 Mio. EUR	+4,7Mio. EUR
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	- 0,6 Mio. EUR	+0,1 Mio. EUR

Summe**-8,9 Mio. EUR**

Dieser Fehlbetrag von 8,9 Mio. EUR stellt im Bereich der Steuereinnahmen den „Worst Case“ bis zum 31.12.2009 dar.

Vor dem Hintergrund der unwägbaren Risiken aus der Wirtschaftskrise für das Jahr 2009 wurde die mittelfristige Finanzplanung im Rahmen einer vorsichtigen Haushaltsplanung 2009 entsprechend aufgestellt (Gewerbesteuer liegt mit 78 Mio. EUR im Plan bereits ca. 10 % unter dem zulässigen Niveau lt. ODE v. 04.08.2008 auf Basis IST 2008). Das heißt, dass insgesamt mit einem Einnahmeverlust bei der Gewerbesteuer von mindestens ca. 20 % (ca. 10 % aus dem reduzierten Planansatz und ca. 10 % aus den Mindereinnahmen bis zum Jahresende) zu rechnen ist. Es muss zusätzlich davon ausgegangen werden, dass die Kommunen an den Mindereinnahmen des Landes Sachsen-Anhalt aufgrund der Wirtschaftskrise beteiligt werden (Insgesamt: 585 Mio. EUR, davon bereits im Nachtragshaushalt verarbeitet: 390 Mio. EUR).

Mit Bescheid vom 26. Februar 2009 setzte das Land Sachsen-Anhalt die Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) für das Haushaltsjahr 2009 fest. Danach ergibt sich für die Landeshauptstadt Magdeburg eine FAG-Masse i.e.S. (ohne Bedarfszuweisungen, Fachkräfteprogramm und Investitionshilfen) in Höhe von 164,3 Mio. EUR. Per 30.09.2009 liegen die Allgemeinen Zu-

weisungen vom Land mit einer Realisierung von 75 % im anteilig geplanten Bereich. Insgesamt wird von einer Einnahmerealisation von 100 % zum Jahresende ausgegangen. Doch aufgrund der prognostizierten Mindereinnahmen des Landes im Jahr 2009 (585 Mio. EUR) ist davon auszugehen, dass sich die FAG-Masse mit der Spitzabrechnung in 2010 um 14,2 Mio. EUR reduzieren wird. Diese Überzahlung aus dem FAG im Jahr 2009 wird im Jahr 2010 zurückzuzahlen sein.

Die Einnahmeerwartung der Hauptgruppe (2) „Sonstige Finanzeinnahmen“ ist mit einer Realisierung von 132 % bereits vollumfänglich erfüllt. Ausschlaggebend für die Realisierung sind die Mehreinnahmen aus den Gewinnanteilen der Städtischen Werke Magdeburg, welche um 5,6 Mio. EUR höher als geplant ausgefallen sind (Verfügbarer Ansatz: 9,3 Mio. EUR – AO-Soll per 30.09.2009: 14,9 Mio. EUR). Diese Mehreinnahmen wurden vollständig der zweckgebundenen Rücklage PPP [Beschluss-Nr.: 117-005(V)09] zugeführt.

Die finanziellen Risiken im Personalkostenbereich (DKPK4) konnten durch Gegensteuerungsmaßnahmen (Einsparung aus unbesetzten Stellen = 3,5 Mio. EUR) gesenkt werden. Das Risiko eines Fehlbetrages beläuft sich auf zurzeit errechneten 900 Tsd. EUR. Dazu kommen noch Kosten aus laufenden Rechtsstreitigkeiten vor dem Bundesarbeitsgericht in Höhe von ca. 150 Tsd. EUR.

Im Bereich des Gemeindeanteils an den Kosten des Niederschlagswassers verweist das Amt 66 auf den zum Jahresende erwarteten Fehlbetrag in Höhe von 582,7 Tsd. EUR in der Haushaltsstelle 1.63000.543000 „Gemeindestraßen – Niederschlagswasser“. Der finanzielle Mehrbedarf begründet sich vornehmlich aus Mehrmengen zwischen den Straßendaten des Jahres 2007 und 2008. Hierfür wird zurzeit eine Drucksache erarbeitet.

Die Hauptgruppe (8) „Sonstige Finanzausgaben“ fällt ausgabeseitig mit einem Erfüllungsgrad von 87 % auf. Hierzu ist anzumerken, dass die Deckung des Soll-Fehlbetrages aus Vorjahren in Höhe von 92,4 Mio. EUR per 30.06.2009 bereits vollständig erfolgte.

Gesamtstädtisch betrachtet bestehen bis zum Jahresende 2009 folgende nicht konsolidierte finanzielle Risiken:

Position	Risiko
1. Risiken im Steuerbereich	8,9 Mio. EUR
2. Risiken im Personalbereich	1,0 Mio. EUR
3. Risiken im Bereich der Jugendhilfe (KIFÖG & DKHZE)	3,8 Mio. EUR
4. Risiken im DKSOZ	3,2 Mio. EUR
5. Risiken im Dezernat I (TB 132)	0,68 Mio. EUR
(TB 137)	0,21 Mio. EUR
6. Risiken im Budget 4	0,2 Mio. EUR
7. Risiken im DK Gotik	0,23 Mio. EUR
8. Risiken im Dezernat VI	1,0 Mio. EUR
<u>Summe Risiken LH MD</u>	<u>19,2 Mio. EUR</u>

Davon wurden Anträge für die Positionen 3, 4, 6, 7 und 8 auf überplan- bzw. außerplanmäßige Deckung in Höhe von 5,2 Mio. EUR gestellt. Zu den Positionen 3, 4, 7 und 8 befinden sich zurzeit erarbeitete Drucksachen der Fachämter/-bereiche in der Beratungsfolge.

Zur Vermeidung einer Erhöhung des geplanten Fehlbedarfes wurden im III. und IV. Quartal durch die Bereiche Gegensteuerungsmaßnahmen umgesetzt.

1.1 Budgetabrechnung per 30.09.2009

In der **Anlage 1** wird die zahlenmäßige Abrechnung der Budgets ausgewiesen. Von den Budgetverantwortlichen der Budgets 1, 4, 5 und 6 wird die Nichteinhaltung der vorgegebenen Budgets zum Jahresende angezeigt.

Die Budgetverantwortlichen der Budgets 1, 4 und 6 wurden aufgefordert, geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Inanspruchnahme aller budgetierten Haushaltsmittel zum 30.09.2009 beträgt 68,6 %.

Nach aktuellen Einschätzungen wird eine voraussichtliche Zuschussauslastung aller budgetierten Haushaltsmittel zum 31.12.2009 in Höhe von 27.332.532 EUR (104,1 %) erwartet. Dies bedeutet eine Haushaltsmehrbelastung von ca. 1.086.361 EUR.

Im Einzelnen wird nachfolgend über die Budgets informiert.

Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister

Der Zuschuss des Budgets 0 wurde mit 65,5 % in Anspruch genommen.

Die Inanspruchnahme der Ausgaben erfolgt nicht gleichmäßig über die Monate verteilt, sondern jeweils nach Terminplänen von Veranstaltungen und Ehrungen. Ebenso erfolgen Ausgaben für Repräsentationen und Städtepartnerschaften nicht kontinuierlich.

Insgesamt wird durch den Budgetverantwortlichen eingeschätzt, dass zum Jahresende die Auslastung des Budgets bei 97,0 % liegt.

Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Überschuss des Budgets 1 wurde per 30.09.2009 mit 53,8 % (Einnahmen 64,6 % und Ausgaben 68,0 %) erfüllt.

Durch bereits erteilte Aufträge, Ausschreibungen und Reservierungen sind z.B.:

- im Umweltamt Gutachterkosten und Honorark.	106.100 EUR
- im FB01 u.a. für externe Untersuchungen	165.400 EUR
- im Bürgerservice	221.700 EUR
- im Amt für Brand- und Katastrophenschutz	233.300 EUR
- im Budget 1 für Miet- und Pachtzahlungen	194.100 EUR
- in der Straßenverkehrsabteilung	76.600 EUR
- bei Allg. Ordnungsangelegenh. u. SOD	90.100 EUR
- im Budget 1 für Bewirtschaftungskosten	125.200 EUR

gebunden und werden im IV. Quartal 2009 kassenwirksam.

Durch das Dezernat I wird derzeit eingeschätzt, dass der geplante Überschuss zum Jahresende um 556.200 EUR reduziert wird und begründet dies mit einer bisherigen Einnahmerealisation von nur 64,6 % mit Schwerpunkt Fachdienst Allg. Ordnungsangelegenheiten und Stadtdienst mit 50,9 % einschließlich 290.856 EUR durch Absetzung von Kassenresten sowie erhöhten Reparaturkosten an Fahrzeugen im Amt 37.

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

Budget 2 – Finanzen

Der geplante Überschuss des Budgets 2 wurde per 30.9.2009 mit 248,0 % (Einnahmen mit 113,1 %, die Ausgaben mit 64,2 %) übererfüllt.

Das positive Einnahmeergergebnis enthält die Jahressollstellung von Miet-, Pacht- und Erbbauzins-einnahmen im UA 88000 (Allgemeines Grundvermögen).

Ein großer Teil der Ausgaben wird wegen des Winterdienstes erst im IV. Quartal kassenwirk-sam.

Hinsichtlich der Einhaltung des Budgets zum Jahresende wird eingeschätzt, dass der geplante Überschuss voraussichtlich erfüllt werden könnte.

Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Der Zuschuss des Budgets 3 wurde mit 76,3 % (Einnahmen 7,8 %, Ausgaben 48,1 %) erfüllt.

In der Haushaltsdurchführung gibt es gegenüber der Planung Veränderungen sowohl einnahme- als auch ausgabeseitig, was sich auch in der Einschätzung der Zuschussrealisierung per 31.12. 2009 mit 162,6 % widerspiegelt. Aufgrund einer vom OB erlassenen Verfügung hat das Team Wissenschaft und Städtepartnerschaften seine Arbeit im Büro des Oberbürgermeisters auf- genommen. Dies machte eine Ausgabeumsetzung in Höhe von 245.000 EUR aus dem Budget 3 erforderlich. Die im Budget 3 veranschlagten Einnahmen in Höhe von 225.000 EUR bleiben im Planansatz bestehen, d.h. diese konnten nach In-Kraft-Treten des Haushaltes 2009 technisch nicht mehr umgesetzt werden. Bei der theoretischen Herausrechnung dieser im Budget 3 nicht mehr anfallenden Einnahmen wird das Budget per 31.12.2009 eine Auslastung von 97,5 % auf- weisen. Eine Gefährdung liegt hier nicht vor.

Bei geplanten Ausgaben, wie im Folgenden dargestellt, erfolgt die Realisierung erst im IV. Quartal:

- Expo Real, lok. Standortmessen, Existenzgründerv., Netzwerk Blaues Band	34.100 EUR
- für Sonderbeilagen, Infobroschüren, Flyer, Marketingmaßnahmen und Innovationspreis	52.000 EUR
- Gutachten , Optimierung von städtischen Gewerbegebieten, Tourismusleitsy.	92.000 EUR
- für Projekte der RKM und EU-Angelegenheiten, Präsentationen	50.000 EUR
- Instandhaltung, Unterhaltung und Wartung der tour. Infrastruktur	21.800 EUR
- u.a. Bürobedarf, Post u. Bankgebühren, Bekanntmachungen, Mitgliedsbeitr.	24.300 EUR
- Mieten	11.200 EUR

Budget 4 – Bildung, Sport, Kultur

Der Zuschuss des Budgets 4 wurde mit 76,7 % (Einnahmen 82,3 %, Ausgaben 77,9 %) erfüllt.

Im Berichtszeitraum wurden Einnahmen im Fachbereich Schule und Sport (FB 40) mit 79,2 %, im Kulturbüro (Stabsstelle des Dezernates IV) mit 222,3 %, im Fachbereich Kultur, Stadtgeschichte und Museen (FB 41) mit 100,1 % und im Team Gesellschaftshaus mit 94,1 % erfüllt.

Zum Jahresende werden vom FB 40 Mindereinnahmen in Höhe von 94.700 EUR (u. a. durch geringere Entgelte in Schwimmhallen und Freibädern) eingeschätzt.

Im FB 41 – Stadtarchiv kommt es durch die Benutzung von Personalstandsunterlagen zu Mehreinnahmen bei Gebühren in Höhe von 3.000 EUR.

Die Ausgaben im Berichtszeitraum wurden im FB 40 mit 77,9 %, in der Stabsstelle des Dezernates IV mit 81,1 %, im FB 41 mit 80,7 % und im Team Gesellschaftshaus mit 78,1 % in Anspruch genommen.

Im FB 40 werden zum Jahresende ausgabeseitig freie Mittel in Höhe von rund 9.900 EUR prognostiziert.

Insgesamt wird im Budget 4 per 31.12.2009 mit einer Zuschusserhöhung von 81.839 EUR gerechnet. Durch den FB 40 werden Anträge auf über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im FB 02 eingereicht, wenn sich die Gesamtsituation des Budgets 4 als prekär dargestellt.

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Der Zuschuss des Budgets 5 wurde mit 69,8 % (Einnahmen 72,0 %, Ausgaben 70,2 %) erfüllt.

Zum Jahresende wird mit einer Überschreitung im Budget von ca. 38.300 EUR gerechnet. Die Ursachen entstehen in den Ämtern 51 und 53 aus Minder- und Mehreinnahmen sowie Minder- und Mehrausgaben.

Wesentliche Schwerpunkte der Erfüllung sind:

Mehreinnahmen	
Jugendsozialarbeit, außerplanmäßiger Zuschuss für „Lokaler Aktionsplan“	70.700
Mindereinnahmen	
Rückforderungen für nicht verausgabte Zuwendungen in KJFF	95.000
Rückforderungen für nicht verausgabte Zuwendungen in Jugendwerkstätten	37.100
Mehrausgabe	
Jugendsozialarbeit	98.000
Stadtjugendring	19.500
Tierheim, neuer Vertrag bzgl. Betreuung und Erstuntersuchung von Fundtieren	15.500
Minderausgabe	
Nichtinanspruchnahme von Zuschüssen an freie Träger in der Jugendarbeit	53.800

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Zuschuss des Budgets 6 wurde mit 64,6 % (Einnahmen 83,9 %, Ausgaben 75,2 %) erfüllt.

Im Berichtszeitraum wurden die Einnahmen im FB 62 - Vermessungsamt und Baurecht - mit 273,8 %, im Stadtplanungsamt mit 46,9 %, im Bauordnungsamt mit 103,0 %, im Hochbauamt mit 17,7 % und im Tiefbauamt mit 71,3 % erfüllt.

Mehreinnahmen	
Im Tiefbauamt für zweckgebundene Fördermittel des Landes für hochwasserschädigte Infrastruktur (Ufermauer Stromelbe Westseite), die in gleicher Höhe zu Ausgaben führen.	218.637 EUR
Im FB 62 aus Leistungen der gegenüber der AGM auf dem Gebiet der Abwasserplanung und Abwasserinvestition (Rechnungsjahre 2006 bis 2008)	424.200 EUR
Im Bauordnungsamt aus Baugenehmigungsgebühren z. B. für Großvorhaben (Seniorenpflegeheim Schenkendorfstr., gewerbliche Bauten August-Bebel-Damm, An der Lake, Diesdorfer Graseweg, Tankstellen Lübecker Str. u. Glindeberger Weg, Campus Tower, Schulsanierung Paket II)	205.000 EUR

Mindereinnahmen	
Einnahmen aus Parkscheinautomaten im Tiefbauamt (von den geplanten 89 Parkscheinautomaten wurden nur 80 aufgestellt, des Weiteren wurde die Gebührenerhöhung in der „Parkzone Rot“ bis 30.06. nicht wirksam, HKK 120 konnte nicht in Gänze umgesetzt werden).	600.000 EUR

Die Ausgaben wurden im FB 62 mit 51,8 %, im Stadtplanungsamt mit 59,6 %, im Bauordnungsamt mit 92,3 %, im Hochbauamt mit 56,2 %, im Tiefbauamt mit 78,8 % in Anspruch genommen.

Mehrausgaben	
Im Tiefbauamt durch steigende Kosten für Energie, Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen; eine Reduzierung der Ausgaben in Höhe von 300.000 EUR (HHK- Maßnahme Nr. 107) konnte nicht realisiert werden, da keine Abschaltung der Straßenbeleuchtung erfolgte. Zurzeit wird eine Drucksache zur Deckung dieser Mehrausgaben vorbereitet.	550.000 EUR

Die Abarbeitung der Kassenreste aus dem Budget 6 erfolgt planmäßig.

Für das Budget 6 schätzt der Budgetverantwortliche zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Überschreitung am Jahresende von insgesamt 474.883 EUR (109,1 %) ein. Begründet wird die Überschreitung u. a. durch Mindereinnahmen aus Parkgebühren und Mehrausgaben für Energiekosten im Tiefbauamt.

Zur Einhaltung der Budgetvorgabe wurden Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet, die weiterhin aktuell bleiben müssen.

1.3 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise außerhalb der Budgetierung

Im Folgenden werden einzelne Positionen der in Anlage 2 aufgeführten Deckungskreise näher erläutert.

Position 11 – Deckungskreis Soziales (DKSOZ):

DKSOZ	Verfügbar Plan 2009	A-Soll 30.09.09	% 30.09.09	V -Ist 31.12.09	% 31.12.09
Einnahmen	23.391.288	14.808.584	63,3	20.927.900	89,5
Ausgaben	85.489.788	71.324.530	83,4	85.626.000	100,2
Zuschuss	62.098.500	56.515.945	91,0	64.698.100	104,2

Der Zuschuss im DKSOZ wurde per 30.09.2009 in Höhe von 56.515.945 EUR mit 91,0 % erfüllt. Zum Jahresende wird mit einem Mehrbedarf im Zuschuss von ca. 2.599.600 EUR gerechnet. Dieser resultiert aus der Mindereinnahme in Höhe von 2.244.388 EUR und einer Mehrausgabe in Höhe von 136.212 EUR.

Einnahmen

Der Schwerpunkt der voraussichtlichen Erfüllung per 31. 12. 2009 liegt in der Untererfüllung der Einnahmen für Kosten der Unterkunft (KdU). Hier wurden die bisher festgelegten 28,6 % (Entlastung v. Bund) geplant. Ab 2009 werden aber nur 25,4 % für Ausgaben KdU nach § 22 Abs. 1 u.7 erstattet. Dies führt zu einer Mindereinnahme von 2.060.700 EUR.

Ausgaben

Bei den Ausgaben wird es insgesamt voraussichtlich zu einer Übererfüllung von ca. 136.212 EUR kommen. Mehrausgaben z. B. in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie für KdU können im Deckungskreis nicht abgefangen werden.

Begründung Mehrausgaben

UA 48500 – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung- 490.000 EUR

Diese Mehrausgabe wird durch den weiteren Anstieg der Regelsätze, Anstieg der Fälle durch Übernahme aus der ARGE und Erreichung des 65. Lebensjahres verursacht. Weiterhin haben viele Vermieter die Grundmieten erhöht und auch die Krankenversicherungsbeiträge sind gestiegen.

UA 48200 – Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) - 1.172.900 EUR

Die Einschätzung der Erfüllung 2009 basiert auf einer aktuellen Hochrechnung der ARGE. Diese schätzt ein, dass eine Mehrausgabe in Höhe von 1.032.400 EUR für Leistungen der Unterkunft und Heizung, durch Steigerung der Bedarfsgemeinschaften und auch im Hinblick auf die Wirtschaftskrise notwendig sind (Bedarfsgemeinschaften Dezember 2008 = 19.946 und per Juni 2009 = 20.693). Gleichzeitig wird eine Mehrausgabe in Höhe von 140.500 EUR für einmalige Leistungen (z.B. Wohnungsbeschaffungskosten, Wohnungserstattung, Erstattung Bekleidung, Geburt und Schwangerschaft sowie Klassenfahrt) erwartet. Besonders die Kosten für Klassenfahrten sind gestiegen, da die Kosten für mehrtägige Fahrten nunmehr in voller Höhe übernommen werden müssen. Die Drucksache zum Mehrbedarf (DS 0381/09) befindet sich in der Beratungsfolge.

Position 13 - Deckungskreis Kinderförderungsgesetz (KiFöG):

UA 46400	Verfügbar Plan 2009	A-Soll 30.09.09	% 30.09.09	V -Ist 31.12.09	% 31.12.09
Einnahmen	15.133.600	16.661.894	110,1	16.967.800	112,1
Ausgaben	45.417.600	38.643.220	85,0	48.738.100	107,3
Zuschuss	30.284.000	21.981.325	72,6	31.770.300	104,9

Der Zuschuss im DK KiFöG wurde per 30.09.2009 in Höhe von 21.981.325 EUR mit 72,6 % erfüllt. Insgesamt wird ein Mehrbedarf im Zuschuss von ca. 1.486.300 EUR eingeschätzt. Dieser Mehrbedarf resultiert aus einer Mehreinnahme in Höhe von 1.834.200 EUR und einer Mehrausgabe in Höhe von 3.320.500 EUR.

Begründung der Mehreinnahmen

UA 46400 – Tageseinrichtungen von Kindern

1.588.700 EUR

Entsprechend § 11 Abs. 1 KiFöG LSA beteiligt sich das Land an den Kosten der Tagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in Tagespflege. Für die Verteilung des Betrages ist die Zahl der im Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen im jeweils vorletzten Jahr betreuten Kinder maßgeblich. Für die Planung 2009 wurde die durchschnittliche tatsächliche Belegung von Plätzen zum Ansatz gebracht und mit dem Betrag pro Kind multipliziert. Durch Tarifanpassungen in 2008 hat das Land seine Förderungssätze erhöht, was zu einer Mehreinnahme von 1.190.121 EUR führt. Weiterhin gibt es ab 2009 zwei neue 100 % Landesförderungen, welche sich in den Einnahmen und in den Ausgaben niederschlagen. Es handelt sich um die Förderung der Finanzierung von Vor- und Nachbereitungsstunden zur Verbesserung der vorschulischen Bildung und um die Finanzierung der Sprachstandsfeststellung. Insgesamt wird hier eine Mehreinnahme in Höhe von 398.576 EUR erwartet.

UA 45400 und 46400 – Tagespflege/Tageseinrichtungen –

245.500 EUR

Der Grund für diese Mehreinnahmen ist die Rückzahlung von Kostenerstattungen freier Träger und Gemeinden. Nach abgeschlossener Verwendungsnachweisprüfung führt dies zu Rückforderungen bzw. in begründeten Fällen zu Kostenerstattungen. Die Rückzahlungen begründen sich aus nicht anerkennungsfähigen Kosten sowie überplanmäßigen Mehreinnahmen (Mehreinnahmen in Kindertageseinrichtungen reduzieren die Kostenerstattungen). Darüber hinaus erfolgte auch eine Finanzierung der Einrichtungen auf der Basis der Pro-Platz-Pauschale. Hier bilden rückwirkende Meldungen zur tatsächlichen Belegung die Grundlage zur Zahlung von Haushaltsmitteln.

Begründung der Mehrausgaben

UA 46400 – Tageseinrichtungen für Kinder –

3.398.700 EUR

In der HHst 1.46400.672000.4 „Erstattung an Gemeinden“ wird eine Mehrausgabe in Höhe von 161.200 EUR erwartet. Darin sind die Nachzahlungen für Magdeburger Hortkinder in einer Barleber Schule enthalten, welche mit dem Umzug einer Magdeburger Schule nach Barleben im Jahr 2006 verursacht wurden. Da die Berechnungsgrundlage der Gemeinde fehlerhaft war, ist die LH MD bezüglich der Rechnungen aus 2006 und 2007 in Widerspruch gegangen. Dieser soll noch voraussichtlich 2009 beschieden werden. Ansonsten entstehen die Kosten im HHJ 2010.

In der HHst 1.46400.718000.0 wird eine Mehrausgabe in Höhe von 3.237.500 EUR erwartet. Für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach der Pro-Platz-Pauschale und nach erster vorläufiger Prüfung sind wie bereits in den zurückliegenden Jahren Nachzahlungen erforderlich. Auch für die übrigen Kostenerstattungen (Antragstellung der freien Träger) fallen Nachzahlungen an. Die Mehrausgaben für die laufende Finanzierung der Kindertageseinrichtungen und Horte im Jahre 2009 resultieren ebenfalls vor-

wiegend aus der Erhöhung der Kinderzahlen. Gegenüber dem Jahr 2008 erhöhten sich im Zeitraum von Januar bis Mai 2009 die Kinderzahlen um monatlich 403 (= 5.000 Plätze pro Jahr). Erstmals werden auch Gelder für die Finanzierung von Vor- und Nachbereitungsstunden zur Verbesserung der Angebote sowie der vorschulischen Bildung, der Sprachstandsfeststellung und der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen geleistet. Das Landesverwaltungsamt hat ab 2009 diese Aufgabe der Landeshauptstadt Magdeburg übertragen. Für den per 31.07.2009 ermittelten Mehrbedarf im DKKiFöG i. H. v. 1.509.600 EUR wurde eine Drucksache erarbeitet. Mit der Beschlussfassung wird am 05.11.2009 im Stadtrat gerechnet.

Position 14 - Deckungskreis Hilfe zur Erziehung (DKHzE):

DKHzE	Verfügbar Plan 2009	A-Soll 30.09.09	% 30.09.09	V -Ist 31.12.09	% 31.12.09
Einnahmen	1.259.000	957.435	76,0	1.310.600	104,1
Ausgaben	13.849.400	12.905.279	93,1	16.915.300	122,1
Zuschuss	12.590.400	11.947.843	94,9	15.604.700	124,0

Der Zuschuss im DKHzE wurde per 30.09.2009 in Höhe von 11.947.843 EUR mit 94,9 % erfüllt. Insgesamt wird ein Mehrbedarf im Zuschuss von 3.014.300 EUR eingeschätzt. Dieser setzt sich aus Mehreinnahmen in Höhe von 51.600 EUR und Mehrausgaben in Höhe von 3.065.900 EUR zusammen.

Die Mehreinnahmen sind Kostenerstattungen aus 2008, welche durch die Landkreise aus finanziellen Gründen erst 2009 erstattet werden.

Begründung Mehrausgaben

HHst 1.45300.770000.8 - Jugendhilfeleistungen- 412.400 EUR

Aufgrund der Fallzahlerhöhung für zu betreuende Mütter und Väter mit Kleinkindern im Alter von 0 -6 Jahren (Vergleich Juni 2008 = 10 Fälle und Juni 2009 = 19 Fälle) kommt es hier zu einer Mehrausgabe.

HHst 1.45300.718000.3 – Zuschüsse an freie Träger- 3.500 EUR

Die Umsetzung von Familienbildungsmaßnahmen gem. § 16 SGB VII ist eine Pflichtleistung und hat eine hohe Priorität. Die „BIB“ verankerten Maßnahmen der Familienbildung stellen einen Minimalansatz dar und decken bei weitem nicht den Bedarf.

HHst 1.45500.760000.5 und 1.45500.770000.3 – Jugendhilfeleistungen 2.650.500 EUR

Auch hier sind die Mehrausgaben u. a. durch die steigenden Fallzahlen (insbesondere in der Heimerziehung sowie in der Gewährung einer sozialpädagogischen Familienhilfe) begründet. Die Ursachen liegen u. a. in der Erhöhung der Komplexität, in der veränderten Qualität der Problemlagen, in der Zunahme der erzieh. Hilfen mit Auflagen des Familiengerichtes sowie in der Hilfestellung nach Abprüfung einer Kindeswohlgefährdung.

Die Drucksache DS 0364/09 zur Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Mittel i. H. v. 2.275.100 EUR mit Stand vom 31.07.2009 wurde im Stadtrat am 08.10.2009 genehmigt. Für den erneuten Mehrbedarf i. H. v. 800.000 EUR wird kurzfristig eine neue Drucksache erarbeitet.

Position 15 - Deckungskreis Unterhaltsvorschussgesetz (UDUVG)

UDUVG	Verfügbar Plan 2009	A-Soll 30.09.09	% 30.09.09	V -Ist 31.12.09	% 31.12.09
Einnahmen	3.960.000	2.650.289	66,9	3.920.000	99,0
Ausgaben	3.960.000	3.439.468	86,8	4.180.000	105,6
Zuschuss	0	789.179	>100,0	260.000	>100,0

Hier kommt es zum Jahresende voraussichtlich zu einem Mehrbedarf in Höhe von 260.000 EUR.

Entsprechend des Gesetzes zur Sicherung des Unterhaltes von Kindern alleinstehender Mütter/Väter werden Unterhaltsvorschüsse bzw. Ausfallleistungen nach dem UVG an Berechtigte gezahlt (Rechtsanspruch) Durch die Fallzahlerhöhung (Antragsdurchschnitt von 2.380 Anträgen im Jahr 2008, aber 2.420 Anträge im Juni 2009) entsteht eine voraussichtliche Mehrausgabe von 220.000 EUR. Ein Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe wurde zwischenzeitlich gestellt.

Die Mindereinnahme in Höhe von 40.000 EUR wird durch die steigende Sozialbedürftigkeit verursacht.

Allen vorgenannten Deckungskreisen ist gemeinsam, dass die kalkulierten Mehrbedarfe nicht aus eigener Kraft amortisiert werden können. Mit der Haushaltsplanung 2009 (Vorbericht zum Haushaltsplan 2009, s. 14 und 15 und 72) wurde insbesondere zu den Leistungen der Sozialhilfe dargestellt, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, die dem negativen Trend der Mehrbelastungen entgegenwirken sollen. Dies konnte im geplanten Rahmen aufgrund der überproportionalen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht erfolgen. Daher werden dem Stadtrat im IV. Quartal 2009 entsprechende Drucksachen zu den überplanmäßigen Ausgaben in den Deckungskreisen KiFöG, Hilfe zur Erziehung (HzE) und Soziales zur Entscheidung vorgelegt.

Position 16 – Gastschulbeiträge

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt betragen die Einnahmen 100,6 %, die Ausgaben 90,6 %. Der FB 40 rechnet zum Jahresende mit Mehreinnahmen von 10.000 EUR und Minderausgaben von 30.000 EUR.

Sonderausstellung Deckungskreis "Gotik"

Die Landesausstellung „Aufbruch in die Gotik“ wird seit dem 31. August bis einschließlich 06. Dezember 2009 in den Räumen des Kulturhistorischen Museums durchgeführt (SR-Beschluss - Nr. 1420-48(IV)07). Die Einnahmeerfüllung beträgt gegenüber dem Haushaltsansatz (525.000 EUR) 18,8 %. Die zugesagten Drittmittel vom Bund, der Lotto Toto GmbH und der Ostdeutschen Sparkassenstiftung in Höhe von insgesamt 270.000 EUR werden zum 01.11.2009 abgefordert, mit Fälligkeit 01.12.2009. Auf der Grundlage des Antrages des FB 41 – Museum vom 02.04.2009 auf Änderung des Kosten- und Finanzierungsplanes der Sonderausstellung von 1.200.000 EUR auf 1.700.000 EUR (Aufwuchs 500.000 EUR) wurde mit Datum vom 03.04.2009 ein Änderungsbescheid zum Zuwendungsbescheid vom 01.08.2007 – Aufbruch in die Gotik – vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt erlassen. Begründet wurde die Modifikation des Finanzierungsplanes dadurch, dass in der Vorbereitungs- und Planungsphase der Sonderausstellung die Kosten für Transporte, Versicherungen und Gestaltung nicht exakt kalkuliert werden konnten. Infolgedessen zeichneten sich Mehrausgaben in Höhe von ca. 448.000 EUR gegenüber dem Haushaltsausgabensatz (502.800 EUR) ab, die durch Mehreinnahmen aus

Eintrittsgeldern und Verkäufen (ca. 500.000 EUR) kompensiert werden sollten. Aufgrund mangelnder Liquidität bei der Finanzierung von Zahlungsverpflichtungen wurde dem Antrag zu einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 235.000 EUR durch den OB am 30.09.2009 zugestimmt. Die zur Verfügung stehenden Ausgaben (737.800 EUR) sind zum Abrechnungszeitraum mit 67,8 % in Anspruch genommen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird eingeschätzt, dass zur Begleichung noch offener Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen weitere zusätzliche Haushaltsmittel von insgesamt 220.00 EUR benötigt werden, so dass nach Durchführung der Sonderausstellung Ausgaben in Höhe von voraussichtlich 950.600 EUR (Aufwuchs 447.800 EUR) in Anspruch genommen werden. Der FB 41 - Museum - geht davon aus, dass ein Teil des Mehrbedarfs über entsprechende Mehreinnahmen bei den Benutzungsgebühren (Eintrittsgelder) und Verkaufserlösen nach Ablauf der Sonderausstellung (07.12.2009) kompensiert werden kann.

2. Gesamteinschätzung Vermögenshaushalt

Das Ergebnis des Vermögenshaushaltes per 30.09.2009 setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	Ergebnis 30.09.2008	- in EUR - Ergebnis 30.09.2009
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	51.808.778,94	62.367.979,85
- Abgang alter Kassenreste (-C)	204.763,98	65.920,60
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	0,00	0,00
= Summe Soll-Einnahmen (E)	<u>51.604.014,96</u>	<u>62.302.059,25</u>
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	38.074.855,46	48.907.679,93
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	8.653.622,50	12.609.632,29
= Summe Soll-Ausgaben (E)	<u>29.421.232,96</u>	<u>36.298.047,64</u>
Ergebnis:	22.182.782,00	26.004.011,61

Der Vergleich der angeordneten Einnahmen und Ausgaben per 30.09.2009 zum Haushaltsplan 2009 zeigt zum Stichtag einen positiven Erfüllungsstand:

Gesamtmittel	Ansatz 2009 *	AOS 30.09.2009	- in EUR - in %
Einnahmen			
Plan 2009	128.653.400,00	62.367.979,85	48,4
HER 2008	0,00	0,00	0
Gesamt	128.653.400,00	62.367.979,85	48,4
Ausgaben			
Plan 2009	128.653.400,00	48.907.679,93	38,0
HAR 2008	18.149.100,00	5.539.467,71	30,5
Gesamt	146.802.500,00	54.447.147,64	37,1

* Ansatz gemäß Haushaltssatzung zum Nachtragshaushalt 2009

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung stehen im Vermögenshaushalt, ausgehend von den verfügbaren Mitteln (HH-Ansatz/HH-Rest/ÜPL/APL/Sperren), den Einnahmen in Höhe von 48,4 % Ausgaben in Höhe von 37,1 % gegenüber.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Investitionshaushaltes 2009 wurde durch die Verfügung des LVwA vom 22. Januar 2009 zur Haushaltssatzung 2009 geprägt. Von Seiten des LVwA gab es keine Beanstandungen.

Für den Vermögenshaushalt wurden als Kriterien, wie in den vergangenen Jahren, die kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA als Planungsgrundlage eingesetzt, in dem nur Maßnahmen mit Planansätzen untersetzt werden konnten, die eine 70 % Förderung aufwiesen, bei denen rechtliche Verpflichtungen bestanden sowie die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit gegeben war.

Die Vorausschau der Ämter/Fachbereiche über neu zu bildende Haushaltsausgabereste 2009 wird mit 15.786.200 EUR (davon 1.079.400 EUR für die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II) angezeigt.

Vom Dezernat III sind 12.314.000 Haushaltsausgabereste avisiert. Es handelt sich dabei um die Maßnahmen - Erschließung Zone I Aufschüttung und Erschließung Hansehafen. Für die beiden Maßnahmen liegt die baufachliche Prüfung noch nicht vor, die die Voraussetzung für den Zuwendungsbescheid ist. Da es sich hierbei um zwei Maßnahmen handelt, die mit Fördermitteln und Komplementärmitteln realisiert werden und damit haushaltsneutral sind, werden keine Haushaltsausgabereste gebildet, sondern die Mittel werden im Haushaltsplan 2010 konsumtiv und investiv neu veranschlagt. Es werden nur 2.979.700 EUR Haushaltsausgabereste aus dem Haushaltsjahr 2008 noch einmal übertragen.

Die Abarbeitung der Haushaltsausgabereste 2008 bis zum 30. September 2009 mit einem Stand von 5.539.467 EUR ist nicht optimal. Die Ämter und Fachbereiche nehmen derzeit an, dass von den Haushaltsausgaberesten 2008 nochmals 8.662.500 EUR übertragen werden müssen.

Vom Fachbereich Finanzservice wurde eine Fördermitteltabelle (**Anlage 3**) über alle veranschlagten Fördermittel des Haushaltsjahres 2009 zusammengestellt. Der Realisierungsstand mit einer Fließquote von 17,3 % zeigt, dass zum heutigen Zeitpunkt noch eine deutliche Differenz zum Plan 2009 besteht.

Die Bewilligungsquote der geplanten Fördermittel 2009 per 30.09.2009 liegt bei 21,5 %. Es fehlen noch die Bewilligungsbescheide für die 2 geplanten Kindertagesstätten G.- Hauptmann-Straße und Bördebogen. Aus dem Sportbereich liegt noch kein Bewilligungsbescheid für den 3. BA Nebenplätze vor. Für die vom Amt 66 bewirtschafteten Maßnahmen, die mit GVFG Mitteln finanziert werden, liegen ebenfalls keine Bewilligungen vor. Dem Dezernat VI fehlen noch für 15 Maßnahmen die Bewilligungsbescheide.

Fördermittel 2009	Ist per 30.09.2009	Bewilligungsquote	Fließquote
33.874 EUR	5.849 EUR	21,5 %	17,3 %

Aufgrund der defizitären Haushaltslage der LH Magdeburg konnten für die Maßnahmen – **Orts-umgehung Ottersleben, Schleinufer und Magdeburger Ring** – zusätzlich zu den geplanten und bewilligten GVFG Mitteln Anträge auf die Gewährung einer Zuweisung gem. § 11a Abs. 2 FAG LSA nach EntflechtG gestellt werden, für die eine Zusage in Höhe von 505.600 EUR gegeben wurde.

Vom Amt 66 wurde mit der Einschätzung zum 30.09.2009 signalisiert, dass Haushaltsausgabereste in Höhe von 2.344.400 EUR entstehen werden. Die Einnahmesituation für die Maßnahmen des Amtes 66 sind als äußerst schlecht einzuschätzen. Von den planmäßig eingestellten Einnahmen 2009 in Höhe von 5.679.000 EUR werden per 31.12.2009 nur 859.900 EUR kassenwirksam. Haushaltsausgabereste entstehen z. B. bei den Maßnahmen – Brenneckestraße in Höhe von 512.800 EUR, Schleinufer in Höhe von 173.000 EUR und Berliner Chaussee in Höhe von 426.100 EUR.

Im Berichtszeitraum wurden vom FB 62 Einnahmen in Höhe von insgesamt 1.669.100 EUR Straßenausbaubeiträge und Erschließungsbeiträge realisiert. Bei einem Planansatz in Höhe von 1.853.900 EUR entspricht das einer anteiligen Erfüllung von 90,3 %. Das voraussichtliche Ist zum 31. Dezember 2009 wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Höhe von insgesamt 2.208.500 EUR eingeschätzt, was einer Erfüllung von 119,13 % entspricht.

Von Seiten des Amtes 61 wird durch die veränderten Zuständigkeiten ab den Leistungsphasen 3 (Betreuung durch sog. bauende Ämter bzw. Fachbereiche) zur weiteren Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen eingeschätzt, dass sich von Jahr zu Jahr die fristgerechte vertragliche Bindung und Verausgabung der Haushaltsmittel des Vermögenshaushaltes schwieriger gestaltet. Das Amt 61 bewirtschaftet 10.603.500 EUR Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 15.309.400 EUR. Im Berichtszeitraum wurden davon 3.670.900 EUR (34,62 %) Einnahmen und 6.229.700 EUR (40,67 %) Ausgaben kassenwirksam. Die Haushaltsausgabereste 2008 konnten mit 100 % abgerechnet werden. Neue Haushaltsausgabereste werden voraussichtlich in Höhe von ca. 2.000.000 EUR entstehen, davon in der Maßnahme „Sanierung historischer Stadtkern“ 1.250.000 EUR.

Als großes Bauvorhaben der LH Magdeburg konnte die Feuerwache Nord im 1. Halbjahr 2009 fertig gestellt werden, sie wurde am 17. Juni 2009 übergeben. Von dem Gesamtwertumfang der Feuerwache Nord konnten aus Ersparnis 462.000 EUR für die gebäudetechnische Abtrennung der Feuerwache Mitte zur Verfügung gestellt werden.

Die **Anlage 5** zeigt die Inanspruchnahme der Budgets im Vermögenshaushalt. Die Inanspruchnahme der Budgets (Erwerb beweglicher Sachen) liegt bei 33 %.

Im Berichtszeitraum wurde mit dem Erlass vom 26. Februar 2009 des Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt den Kommunen bekannt gegeben, dass der Bundesrat am 20.02.2009 Teile des Konjunkturpaketes II beschlossen hat. Im gleichen Zeitraum hat das Landeskabinett beschlossen, dass von dem Betrag der Investitionspauschale in Höhe von 50.000.000 EUR brutto den Kommunen 2009 netto ein Ansatz von 21.875.000 EUR und 2010 die übrigen 21.875.000 EUR als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung gestellt werden. Der Betrag wurde einwohnerbezogen lt. Erlass MI vom 26.02.2009 aufgeteilt.

Um den Eigenanteil in Höhe von 12,5 % der Gesamtinvestitionen aus dem Konjunkturpaket II mit der Aufnahme von Krediten in Höhe von 752.200 EUR für das Jahr 2009 finanzieren zu können, ist die Erstellung einer Nachtragssatzung gem. § 95 (2) GO LSA vorgeschrieben.

Die Nachtragshaushaltssatzung wurde erarbeitet und am 05.11.2009 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt (DS0399/09).

Mit dem Nachtragshaushalt 2009 werden Investitionsvorhaben, die mit Fördermitteln im Rahmen des Konjunkturpaketes II finanziert sind, mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 6,3 Mio. EUR eingestellt. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt zu jeweils 12,5 % von Land und Kommunen und zu 75 % vom Bund. Mit dem Abruf der Mittel für die bisher bewilligten Maßnahmen wurde begonnen (30,37 % der Gelder wurden bisher abgerufen).

Die Finanzierung der Kredite, die für das Haushaltsjahr 2009 aufgenommen werden, ist in der Haushaltsdurchführung 2009 gesichert. Bisher wurden für die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II 25 Kreditverträge in Höhe von ca. 2.000.000 EUR abgeschlossen.

Zimmermann

Anlagen:

- Anlage 1 – Quartalseinschätzung Budgets 0 – 6 Verwaltungshaushalt,
- Anlage 2 – Inanspruchnahme Deckungskreise Verwaltungshaushalt,
- Anlage 3 – Übersicht über Fördermittel Vermögenshaushalt,
- Anlage 4 – Stand Mittelabfluss Vermögenshaushalt,
- Anlage 5 - Quartalseinschätzung Budgets 0 – 6 Vermögenshaushalt.